



Deutschland ist ein Einwanderungsland

Seit fast sieben Jahren ist die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung im Amt. Als größte Leistung ihrer Arbeit wertet sie im Interview mit der Deutschen Welle die Verabschiedung des Zuwanderungsgesetzes.

Mit rund 25 Prozent ist die Arbeitslosenquote bei Ausländern doppelt so hoch wie bei Deutschen. Der Grund: über 70 Prozent der ausländischen Arbeitslosen haben keine Berufsausbildung und sind auf dem deutschen Arbeitsmarkt nur schwer zu vermitteln. Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Marieluise Beck, ist trotzdem überzeugt, dass sie in den knapp sieben Jahren ihrer Amtszeit viel bewegt hat. Im Zentrum der rot-grünen Integrationspolitik sieht sie das Zuwanderungsgesetz, das im August 2004 verabschiedet worden war und am 1. Januar 2005 in Kraft trat.

Viele Möglichkeiten für Selbstständige sind sehr restriktiv gestaltet worden. Selbstständige müssen nämlich mindestens eine 250 000 Euro in Deutschland investieren und sich verpflichten, mindestens fünf Arbeitsplätze zu schaffen. Besonders stark kritisiert Marieluise Beck, dass noch immer ausländischen Akademikern, die in Deutschland studiert haben, der Zugang zum Arbeitsmarkt erschwert wird. In der Wirtschaft gibt es mittlerweile kaum noch jemanden, der daran zweifelt, dass Deutschland Zuwanderung braucht.

Befürworter einer liberaleren Zuwanderungspolitik betonen, dass Deutschland in Zukunft noch mehr Migranten braucht, um seine sozialen Sicherungssysteme zu stabilisieren und fit für die Zukunft zu machen. Doch die Wirklichkeit sieht anders aus. Viele Einwandererfamilien, wie zum Beispiel manche Spätaussiedler, kommen nach Deutschland und nehmen die Sozialsysteme in Anspruch, ohne entsprechende Leistungen erbracht zu haben. Einige Wirtschaftsexperten warnen daher vor einer unkontrollierten Wohlfahrtsmigration nach Deutschland. Marieluise Beck glaubt dagegen, dass viele Einwanderer die sozialen Sicherungssysteme nur deshalb in Anspruch nehmen, weil sie vom deutschen Arbeitsmarkt ausgeschlossen werden.

Hier müssten mehr Anstrengungen unternommen werden. Ein richtiger Schritt, so Beck, sei die Umsetzung jener Teile des Zuwanderungsgesetzes, die im August 2004 keine Mehrheit gefunden haben.

Quelle: <http://www.dw-world.de/dw/article/0,,1689933,00.html>

Centrum jazykového vzdělávání, Masarykova univerzita
Žerotínovo nám. 9, 601 77 Brno
tel. 549 49 6816, fax 549 49 1070
e-mail: cjv@rect.muni.cz, <http://lingua.muni.cz/>

Tento projekt je spolufinancován Evropským sociálním fondem a státním rozpočtem České republiky.



INVESTICE DO ROZVOJE VZDĚLÁVÁNÍ